



Bundesministerium
für Bildung
und Forschung

**„25 Jahre Wiedervereinigung
in Wissenschaft und Forschung“**

Rede

**der Bundesministerin für Bildung und Forschung,
Prof. Dr. Johanna Wanka,**

**anlässlich der Veranstaltung
„25 Jahre Wissenschaft und Wiedervereinigung“**

**am 6. Juli 2015
in Hannover**

Es gilt das gesprochene Wort!

Sehr geehrte Damen und Herren!

„25 Jahre Wissenschaft und Wiedervereinigung“ ist nicht nur für mich persönlich ein ganz wichtiges Thema. Es lohnt sich insgesamt für den Wissenschaftsstandort Deutschland, aus ganz unterschiedlichen Perspektiven und vor dem Hintergrund verschiedener Erfahrungen darüber zu sprechen. Vielen Dank deshalb für die Initiative und die Einladung zu dieser Veranstaltung.

Ich bin nicht nur als Bundesministerin gekommen. Ich bin auch Zeitzeugin und war von Anfang an intensiv an diesem Prozess der Wiedervereinigung von Wissenschaft und Forschung beteiligt. Deshalb kann und möchte ich auch an der einen oder anderen Stelle aus einer subjektiven Perspektive und von meinem persönlichen Erleben berichten. Während der friedlichen Revolution war ich im Mittelbau, als Oberassistentin an einer Technischen Hochschule, dann Rektorin, später Landesministerin in Ost und West und jetzt habe ich den Blick der Bundesministerin.

Nach dem Fall der Mauer und im Zuge der Wiedervereinigung hat sich im Osten das ganze Gesellschaftssystem grundlegend gewandelt. Das gesamte Leben wurde auf den Kopf gestellt. Alles war plötzlich anders, jeder musste sich umstellen. Das zu bewältigen, war eine große Lebensleistung von Millionen – und der Prozess ist noch nicht zu Ende.

Im Kontext dieser vielschichtigen Veränderungen steht die Wissenschaft eher am Rande der Diskussion: Was hat die friedliche Revolution dem Wissenschaftsbetrieb gebracht? Wie haben sich die Dinge entwickelt?

Im Einigungsvertrag steht in Artikel 38 der Satz: „Wissenschaft und Forschung bilden auch im vereinten Deutschland wichtige Grundlagen für Staat und Gesellschaft.“ Es war eine gigantische Aufgabe, aus zwei Systemen, die sich über 40 Jahre sehr verschieden entwickelt hatten, eine Forschungs- und Wissenschaftslandschaft zu formen. Dafür gab es keine historischen Vorbilder, aus denen man hätte lernen können. Bei etwas so gänzlich Neuem muss man deshalb auch Fehler und Irrwege zugestehen.

Auch wenn das Thema Wissenschaft nicht im Blickpunkt stand, waren doch sehr viele Menschen davon betroffen. Es gab zu der Zeit etwa 130.000 Studierende in den neuen Ländern. Wir reden von 64.000 Beschäftigten. Allein an den Akademien waren es rund 30.000. Dazu kamen die Familien und Angehörigen.

Die Aufgabe in dieser Zeit war, auch dafür zu sorgen, dass hier ein System für Wissenschaft und Forschung in Freiheit entstehen konnte. Wie können die Potenziale, die in Ostdeutschland vorhanden sind, überführt und im geeinten Deutschland genutzt werden? Und vor allen Dingen: Wie kann das innerhalb kürzester Zeit gelingen? Zeit für große Strategiepläne und die langsame Umsetzung von Meilensteinen gab es nicht.

I.

Die zwölf Empfehlungen des Wissenschaftsrates wurden in sehr kurzer Zeit aufgeschrieben. Sie waren für uns ein Fingerzeig: Was kann passieren, was wird passieren? Dadurch wurde sehr viel angeschoben. Ein ganz zentrales Element dieser Empfehlungen war die Begutachtung dessen, was in den neuen Ländern vorhanden war. Evaluations- und Begutachtungsprozesse sind heute Standard. Damals war das noch nicht so. Da kamen die Busse, und die Gutachter hatten einen Tag oder zwei Tage Zeit, um sich ein Bild der Einrichtung zu machen. Innerhalb kürzester Zeit musste das geschehen, weil die Begutachtung im Einigungsvertrag bis zum 31. Dezember 1991 vorgesehen war. Ab dem 3. Oktober 1990 waren nur eineinviertel Jahre Zeit für die Begutachtung der ganzen ostdeutschen Wissenschafts- und Forschungslandschaft.

Wird heute eine wissenschaftliche Einrichtung evaluiert und steht am Ende fest, dass die Einrichtung nicht bestehen bleiben wird, dann wissen die Mitarbeiter in dieser Einrichtung, dass es Übergangsszenarien geben wird. Das war damals nicht der Fall. Innerhalb kürzester Zeit konnte entschieden werden, dass eine Hochschule oder eine Forschungseinrichtung mit sehr kurzen Übergangsfristen geschlossen wird. Das war existenziell für alle, die in dem System beschäftigt waren, und das hatte eine ganz andere Qualität als das, was wir heute erleben.

Natürlich ist man bei Begutachtungsprozessen nicht immer mit allem zufrieden und sicher wurden auch Entscheidungen getroffen, die man heute kritisch sieht. Trotzdem bin ich der Meinung, dass es keinen anderen Weg gab und dass es auch nicht möglich gewesen wäre, den Prozess über Jahre zu strecken. Die Leistungsträger hätten sich diese Ungewissheit nicht angetan und sich stattdessen andere Aufgaben gesucht. Es war eine großartige Leistung, diesen Prozess in so kurzer Zeit zu bewältigen.

Das Hochschulsystem der DDR war breit gefächert. In den Wissenschaftsratsempfehlungen wurden die Sonderkategorien von Hochschulen aufgezählt wie auch die Unterschiede zu Westdeutschland. Es gab verschiedene Spezialhochschulen genauso wie Fachschulen, die zum Berufsbildungssystem gehörten, und vieles mehr. In der ehemaligen DDR durften nur

rund zehn Prozent eines Altersjahrgangs an die Universitäten. Heute liegt der Anteil der Studierenden bei rund 50 Prozent. Wir hatten damals alle die Vorstellung, dass sich unter den veränderten Bedingungen die Studierbereitschaft annähert. Das war jedoch viele Jahre lang nicht so. Aufgrund der Fehlkalkulationen gab es Überkapazitäten.

Dass die Prognosen für die Studierenden 1990 zum Teil falsch waren, dass sich in der zweiten Hälfte der 1990er-Jahre und dann auch nach 2000 die Studierquoten nicht so entwickelt haben, hat uns im Osten in eine schwierige Situation geführt. Das heißt, wir hatten die gefährliche Situation, dass die Finanzminister auf die demographische Entwicklung hinwiesen und die Gelder reduzieren wollten. Dass es nicht dazu gekommen ist, ist eine große Solidarleistung vonseiten des Bundes und aller westlichen Länder im Hochschulpakt. Nur durch den Hochschulpakt war es möglich, dass die in den 1990er-Jahren teuer aufgebauten modernen Strukturen in den Neuen Ländern nicht abgebaut wurden.

Die Entwicklungen sind von Land zu Land sehr unterschiedlich verlaufen. Das hing jeweils davon ab, wie wichtig dem einen oder anderen Land Wissenschaft und Forschung waren und wie viel Geld dafür zur Verfügung gestellt wurde.

II.

In den Neuen Ländern gab es keine Fachhochschulen, es gab Fachschulen. Das ist ein großer Unterschied. Es wurde dann entschieden, in den Neuen Ländern Universitäten und Fachhochschulen aufzubauen. Das hat viel bewirkt in unserem Land.

In den Neuen Ländern kam das Personal der Fachhochschulen meist aus technischen Hochschulen oder Universitäten. An der Fachhochschule, an der ich dann Rektorin war, waren viele habilitierte Wissenschaftler. Das hat natürlich die Bedeutung von Forschung an Fachhochschulen verändert. Nach und nach haben dann auch die westdeutschen Länder in ihre Ländergesetze geschrieben, dass Forschung ein gesetzlicher Auftrag auch der Fachhochschulen ist. Hier ging von der Wiedervereinigung eine Entwicklung aus, die insgesamt gut ist, weil sie die Fachhochschulen gestärkt hat. Dieser Aspekt wird oft übersehen. Zwar ist Forschung an Fachhochschulen noch immer ein Thema, das hinsichtlich Finanzierung und Struktur der Beschäftigten noch immer nicht zufriedenstellend gelöst ist, es hat sich aber im ganzen Land positiv entwickelt.

Ein grundlegender Fehler war damals aber, dass man sich an dem klassischen Fächerspektrum im Westen orientierte. Das war jedoch eine Monokultur, fokussiert auf Technik und Naturwissenschaften. Gesundheitswissenschaften, BWL und Sozialwesen

waren in den ersten Konzepten nicht in ausreichendem Maße vorhanden. Indem man das tradierte, was man kannte, hat man eine Chance vertan. Vielleicht hätte man an der Stelle mutiger sein können und einige der Studiengänge, die an den Universitäten angesiedelt waren, den Fachhochschulen zuschlagen können.

Vonseiten des Bundesministeriums wurde an dieser Stelle konsequent über die ganzen Jahre gefördert. Das heißt, dass wir dort Forschung mit den Sonderprogrammen, die es für Forschung an Fachhochschulen gab, etablieren konnten. Das war äußerst hilfreich.

III.

Zur Anwendungsorientierung: In den Leuna- und in den Buna-Werken gab es jeweils mehrere zehntausend Beschäftigte. Die Kombinate hatten auch entsprechend große Forschungsabteilungen. Weil die Industrie im Osten in dramatischem Ausmaß abgebaut wurde, hat sich niemand systematisch darum gekümmert, die Forschungskompetenz zu erhalten. An den Hochschulen und in den Akademien war es anders. Aber niemand hat daran gedacht, das vorhandene Potenzial eben auch für Industrialisierung in den Neuen Ländern zu erhalten.

Diese Ressourcen hätten wir besser nutzen müssen. Es hätte wirtschaftlich in den Neuen Ländern sehr viel geholfen. Der Bund hat über die Jahre versucht, diesem Defizit entgegenzuwirken, indem man Programme wie „Unternehmen Region“ auflegte, mit denen Kooperationen von Wirtschaft und Wissenschaft gefördert wurden. Aus dem jüngsten Bericht zur Deutschen Einheit geht eindeutig hervor, dass in den Neuen Ländern die Summe an Drittmitteln pro Professor im Durchschnitt über alle Fächer höher ist als in den alten Ländern. Daran zeigt sich, dass der Vorwurf „zu wenig Humboldt“ und zu viel Anwendungsorientierung ein Globalurteil war, das der Diversität der Hochschullandschaft in den Neuen Ländern nicht gerecht wurde.

IV.

Es ist viel Geld in die Neuen Länder geflossen. Das hat zum Teil auch zu Neiddiskussionen bei den Hochschulen geführt, die im Westen in den 1960er- und 1970er-Jahren entstanden sind und Sanierungsbedarf hatten. Wichtig waren diese Investitionen im Osten zum Beispiel beim Bestandsaufbau von Bibliotheken, für den es Sonderprogramme gab. Gerade in den Geisteswissenschaften, in den Wirtschaftswissenschaften und in den staatsnahen Fächern

fehlte die entsprechende Literatur. Deshalb waren diese Programme für hochkarätige Forschung wichtig.

Nächster Punkt: Die außeruniversitären Einrichtungen. In der ehemaligen DDR waren die Akademien der Wissenschaft ganz anders aufgebaut als heute die außeruniversitären Forschungseinrichtungen. Es gab auch eine enorme Konzentration um Berlin und die Umgebung. Diese Akademien wurden ebenfalls evaluiert und da, wo die Einschätzung positiv war, dienten sie als Nukleus für außeruniversitäre Forschungseinrichtungen. Das hat dazu geführt, dass wir zum Beispiel in Brandenburg, in Golm, die ganzen 1990er-Jahre über die größte Baustelle der Max-Planck-Gesellschaft an diesem Ort hatten. Heute liegen jedes dritte Helmholtz-Zentrum, fast jedes vierte Max-Planck-Institut und mehr als ein Drittel aller Fraunhofer Einrichtungen im Osten Deutschlands. Wenn man die Größe oder Bevölkerung als Maßstab nimmt, ist das überproportional. Das hat vielleicht etwas damit zu tun, dass die Anwendungsorientierung in den Neuen Ländern anders gelebt und realisiert wurde.

Ungefähr die Hälfte der Leibniz-Institute, die ja speziell ein Instrument waren, um geeignete Strukturen zu schaffen, liegt in den Neuen Ländern. Die Mission von Helmholtz oder Max-Planck-Gesellschaft oder von Fraunhofer lässt sich relativ schnell beschreiben, aber bei Leibniz war das immer schwierig. Das hatte für die Entwicklung manchmal Nachteile; aber dass es jetzt dort eine Strategie gibt, über die wir lange gestritten haben, das ist etwas, das den Einrichtungen in den Neuen Ländern sehr hilft.

Ein wichtiger Standortvorteil in der Zeit Mitte der 1990er-Jahre war aus Sicht der Wirtschaft, dass es in den Neuen Ländern die Schranken zwischen außeruniversitär und universitär nicht gab. Denn dort gab es keine gestandenen Universitäten, denen ein außeruniversitäres Institut zugeschlagen wurde, sondern in den Neuen Ländern hat man die Universitäten parallel zu den außeruniversitären Einrichtungen neu aufgebaut. Da gab es also sehr viel mehr Kooperationsbereitschaft, weil alles neu und in der Entwicklung war; da musste man sich nicht abgrenzen. Genau das wurde von der Wirtschaft jahrelang als ein großer Vorteil gesehen. Heute sind wir in Deutschland bei der Kooperation von Hochschulen und außeruniversitären Einrichtungen auf einem sehr guten Stand.

Diese ganzen Prozesse hingen natürlich von Menschen ab. Aus dem Westen haben sich viele zugetraut, ihren Lebensmittelpunkt zu verlegen. Ich beziehe das nicht nur auf das Wissenschaftssystem, sondern auch auf den gesamten Verwaltungsbereich und die Strukturen. Ohne Unterstützung aus dem Westen wäre es nicht gegangen. Wir haben die Frauen und Männer, die wissen, wie Verwaltung funktioniert, gebraucht. Hinzu kamen dann wir aus den Neuen Ländern mit oftmals einer technischen oder naturwissenschaftlichen Ausbildung. Ich habe schon mehrfach erzählt, dass in Merseburg, wo ich zu der Zeit lebte,

der Oberbürgermeister ein Verfahrenstechniker und der Landrat ein Chemiker waren. In der Region um Magdeburg waren es überwiegend Maschinenbauer. Das hat aber das Verwaltungshandeln in Kombination mit den erfahrenen Verwaltungsleuten nicht negativ beeinflusst. Oft war es auch ganz erfrischend, wie das alles realisiert wurde. Deshalb danke ich allen, die gekommen sind und dafür auch Risiken und Ungewissheiten in Kauf genommen haben.

Plötzlich gab es im Osten aber auch einen riesigen Markt für bestimmte Fächer und das war eine große Chance für Wissenschaftler im Westen. Für BWL, Sozialwesen, Philosophie, für alle die Fächer, die in den Neuen Ländern sehr stark marxistisch-leninistisch geprägt waren, suchte man Personal, das in der Regel nicht aus den Neuen Ländern kam. Das hat viele Chancen mit sich gebracht. Aber längst nicht jede Lösung war von der Qualität, die man mit einem Schlag überall in den Neuen Ländern brauchte.

Das ist meine subjektive Sicht. In meinem Fach, der Mathematik, gab es in den 1980er-Jahren wenig Kontakte zu ausgezeichneten Mathematikern in den westdeutschen Ländern. Es waren wenige, die sich in einer Zeit, in der von Wiedervereinigung überhaupt nicht die Rede war, trotzdem um die Kollegen bemüht haben oder versucht haben, sie zu unterstützen. Dann kam 1989 und plötzlich war die neue Besetzung der Fakultäten mit Professoren notwendig. Da mussten Berufungskommissionen gegründet werden. Nicht nur in den ideologiebehafteten Fächern gab es die Empfehlung, Externe zu nehmen. Oft wurde dann auf die Kontakte zurückgegriffen, die man hatte. Sie hat man gebeten, in diese Kommission zu kommen. Das waren nicht so viele, und so war es auch in der Mathematik. Einige waren in Dresden in der Kommission, auch in Leipzig und auch in Rostock. Sie haben in sehr starkem Maße ihre Vorstellung und auch ihre Schüler mitgebracht. Das war keine Strategie von oben, das hat sich einfach ergeben und das hat natürlich die Landschaft, auch die Wissenschaftslandschaft, nicht an allen Stellen immer positiv geprägt. Manche Schulen waren dann plötzlich flächendeckend vertreten. Das war nicht geplant, aber diese Effekte wirken bis heute nach.

Es ging in den Hochschulen aber nicht nur um das wissenschaftliche Personal, sondern auch um die Verwaltung. Da gab es eine ähnliche Situation: Plötzlich war ein Markt da und wir waren damals alle sehr daran interessiert, erfahrene Leute aus dem Westen zu bekommen, die wissen, wie man die Finanzverwaltung einer Hochschule realisiert, was man darf, was man nicht darf. So sind Menschen, die zum Beispiel in einer Landesverwaltung ein Referat geleitet haben oder vielleicht noch nicht einmal das, plötzlich Kanzler einer der größten Universitäten im Osten geworden. Das ist nicht immer gut gegangen.

V.

Insgesamt können wir sagen: Es wurde eine Erfolgsgeschichte geschrieben. Der Aufbau einer deutschen Wissenschaftslandschaft, die Zusammenführung von Ost und West – das war ja keine Angleichung. Sicher hätte man aus heutiger Sicht manches anders machen können und auch müssen, aber zu dem Zeitpunkt war das Wissen dazu eben nicht vorhanden. Wer hindert uns aber daran, dort, wo wir heute sagen, es hätte anders laufen müssen, anzusetzen und Veränderungen anzustoßen?

Das können wir vor allem, weil wir heute die Wissenschaftsfreiheit haben, die es wie viele andere grundlegende Rechte, im Ostteil unseres Landes lange nicht gab.

Vielen Dank.